

ANFRAGE

der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90 - DIE GRÜNEN

gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Baltic College

Das NDR Fernsehmagazin Panorama hat kürzlich unter anderem über die Hochschulansiedlungspolitik der Landeshauptstadt Schwerin am Beispiel der privaten Hochschule „Baltic College“ (BCG) berichtet (<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2011/privatunis101.html>). Auch der SCHWERINER KURIER vom 4.6.2011 berichtete hierüber. Nach dem die Stadtvertretung bereits im Jahr 2006 einer Ansiedlung grundsätzlich zugestimmt hat, wurde ihr am 8.8.2010 von der Oberbürgermeisterin die Vorlage „Campus Altes Fridericianum - Sanierung des Hauptgebäudes und Unterbringung des Baltic College“ zur Beschlussfassung vorgelegt. Dem Vorschlag entsprechend, beschloss die Vertretung am 15.11.2010 zur Sanierung des Hauptgebäudes des alten Fridericianums Städtebauförderungsmittel in Höhe von 3,8 Mio. € einzusetzen.

Ich frage die Oberbürgermeisterin:

1. Wann, in welcher Weise und anhand welcher Fakten hat sich die Oberbürgermeisterin bzw. welche städtische Stelle über die für einen dauerhaften Betrieb der privaten Hochschule notwendige Akkreditierung informiert?
2. Wann und in welcher Form lag der Oberbürgermeisterin bzw. welcher städtischen Stelle eine „Zertifizierung für das Baltic College vom Wissenschaftsrat“, wie von ihr im Panorama-Interview behauptet, vor?
3. Wann und auf welchem Weg hat die Oberbürgermeisterin bzw. welche städtische Stelle Kenntnis über welche Ergebnisse eines erneuten Anerkennungsverfahrens im Jahre 2010 erhalten?
4. Welche Maßnahmen wird die Oberbürgermeisterin ergreifen, um mit Blick auf die inzwischen „vollumfänglich“ abgearbeiteten Kritikpunkte des Wissenschaftsrates eine zeitnahe Anerkennung schon vor Ablauf der Befristung 2013 zu erreichen?
5. Welche tatsächlichen Ausgaben der Stadt für die Ansiedlung der BCG seit 2006 stehen welchen Einnahmen durch ihre Ansiedlung gegenüber?



Daniel Meslien und Fraktion

Millionengrab Privatunis

Anmoderation

Anja Reschke:

Verschwendung von Steuergeldern – das ist auch so ein Klassiker bei Panorama. Am häufigsten findet man sie dort, wo Landes- oder Provinzfürsten endlich mal groß raus kommen wollen. Mit opulenten Flughäfen zum Beispiel, an denen aber eben leider kaum einer landet oder abfliegt. Darüber haben wir 2006 berichtet. Oder völlig überdimensionierte Sporthallen und Festsäle in kleinen Gemeinden, in denen selten jemand feiert oder trainiert, wie wir 1999 gezeigt haben. Jedes Jahr bemängeln die Landesrechnungshöfe solche Zeugnisse von Großmannssucht. Derzeit sehr in Mode: Privatuniversitäten. Wer als Bürgermeister etwas auf sich hält, versucht aus seinem Städtchen eine fesche Kaderschmiede zu machen. Johannes Edelhoff und Johannes Jolmes

Bruchsal in Baden-Württemberg. Hier hat der Staat Mut bewiesen und in eine Privat-Universität investiert. Das Motto: Nicht kleckern – Klotzen. Die International University in Germany.

Ein Möchtegern-Harvard in der Kraichgauer Provinz mit einem fast schon oscarreifen Werbevideo.

Auch Sebastian Zonker hat in Bruchsal studiert. Mitte 2009 wurde er mit den anderen Studenten in den großen Hörsaal gerufen. Dort der Offenbarungseid: Die Uni sei Pleite.

O-Ton

Sebastian Zonker,
ehemaliger Student:

„Die Leute waren sehr geschockt. Konnten nicht einfach fassen, was jetzt wirklich gerade bekannt gegeben wurde, dass ihr Studienplatz weggebrochen ist, dass ihr Ausbildungsverhältnis nicht mehr besteht ab einem bestimmten Zeitpunkt. Und das ist natürlich eine furchtbare Situation für alle.“

Zonker musste sich eine neue Universität suchen. Mal wieder. Denn die International University war bereits seine zweite Privatuni. Auch die erste war pleite gegangen.

O-Ton

Sebastian Zonker,
ehemaliger Student:

„Ich hab wirklich gedacht, das kann nicht sein. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass einem in einem dreijährigen Studium wirklich sowas zweimal passiert. Also die Wahrscheinlichkeiten sind ja wirklich zu gering, als dass man damit wirklich ernsthaft rechnen könnte.“

Die Bruchsaler Privatuni wurde großzügig vom Staat subventioniert. Mit etwa 20 Millionen Euro. Eine alte Bundeswehr Kaserne wurde komplett saniert. Die Politik feierte sich selbst.

O-Ton

Klaus von Trotha,

Bildungsminister Baden Württemberg, 1998:

„An diesem Tag wurde Hochschulgeschichte geschrieben. Inzwischen haben wir eine gesicherte Rechtsform, wir haben ein gesichertes inhaltliches Konzept und was das Schwierigste war: Wir haben inzwischen auch eine gesicherte Finanzierung.“

Heute wartet der hochmoderne Campus auf neue Mieter. Auch das ehemalige Studentenwohnheim ist verwaist. Von der Euphorie ist beim neuen Stadtrat wenig übrig geblieben.

O-Ton

Jürgen Schmitt,

Stadtrat Bruchsal:

„Wir stehen hier vor einem der beiden Wohnblocks der Bruchsaler Wohnungsbaugesellschaft, die für Studenten gebaut worden sind. Die stehen seit Schließung der Universität vollständig leer - vorher waren sie auch nur teilgenutzt. Und dadurch entstanden Mietausfälle in Höhe von über einer Million Euro.“

Eine Universität für die eigene Stadt und damit groß rauskommen. Den Wunsch hatten in den vergangenen Jahren schon viele Bürgermeister.

O-Töne

Prof. Michael Hartmann,

Soziologe:

„Die Hoffnung vieler Kommunalpolitiker war, dass man mit einer einmaligen Finanzierung ein Hochschulstandort wird, dass man drum herum innovative, junge Unternehmen anzieht und dass man vor allem nur einmal Geld reinstecken muss und der Rest sich dann von selber trägt.“

Panorama: „Und hat das oft geklappt?“

Prof. Michael Hartmann,

Soziologe:

„Das hat in vielen Fällen nicht geklappt. Sondern in vielen Fällen ist das eher wie ein Fass ohne Boden geworden, weil die Pläne, die die Hochschulen hatten um sich selbst dauerhaft zu finanzieren, einfach nicht seriös genug waren.“

Pulheim bei Köln. Auch hier will man groß rauskommen. Die Lokalpolitiker erfüllen sich gerade den Traum von der eigenen Privathochschule. Die Anschubfinanzierung: 2 Millionen Euro über 5 Jahre. Doch bislang haben sich nur diese 5 Studenten eingeschrieben.

Landrat Stump hat trotzdem Großes vor.

O-Ton

Werner Stump,

Landrat Rhein-Erft Kreis:

„Wir müssen aus einem eigenem Kräfteprozess heraus und zwar in Verbindung mit der Wirtschaft ganz zu neuen Ufern aufbrechen und Bildung auch neu zelebrieren, neu entwickeln.“

Genug Platz zum Zelebrieren gäbe es ja. Doch auch für das nächste Semester gibt es wieder nur etwa 25 Anfragen. Die Hochschulleitung ist zwar optimistisch, gibt aber zu – ohne Staatsgelder hätte es die Uni nie gegeben.

O-Ton

Prof. Dr. Martin Wortmann,

Leiter des Campus Pulheim:

„Das bedeutet, dass ohne Anschubfinanzierung wir nicht in dieses Feld reingegangen wären. Das ist ein unternehmerisches Risiko, klar. Und Sie minimieren natürlich dadurch, dass sie eine Kooperation eingehen mit der öffentlichen Hand und natürlich auch mit den Unternehmen, was für uns ja auch ein wichtiges Standbein ist, das Risiko.“

Die Kosten pro Student in Pulheim sind derzeit immens: 80.000 Euro. Ein Platz an einer staatlichen Fachhochschule kostet dagegen im Durchschnitt nur 3540 Euro. Doch das will Landrat Stump nicht hören. So etwas sei nur Einzelkritik.

O-Töne

Werner Stump,

Landrat Rhein-Erft Kreis:

„Ich lasse eine Einzelkritik einfach nicht hier zu. Weil ich sage: Die stört, weil sie auch außerhalb der Bande läuft.“

Panorama: „80.000 Euro kostet hier pro Jahr jeder Student, finden Sie das nicht teuer?“

Werner Stump,

Landrat Rhein-Erft Kreis:

„Wir laufen an und wir wollen das, egal wie sie es finden und wie andere es finden, wir wollen das. Wir wollen ein gutes Produkt und zum Schluss werden alle dabei gewesen sein wollen, wenn es dann gelungen ist. Ich kenne das.“

Trotzige Hoffnung. Dabei müsste ihm die Erfahrung vieler Kommunen anderes lehren. Danach lohnt sich staatliches Geld für Privatunis nur in besonderen Fällen. Wenn etwa private Investoren oder Stiftungen an den Projekten beteiligt sind.

O-Ton

Prof. Michael Hartmann,

Soziologe:

„Es gibt einzelne Privatuniversitäten, die gut funktionieren, aber die zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass es einen Geldgeber gibt, der bereit ist, regelmäßig größere Summen in den Unibetrieb zu stecken. Das ist dann ein Modell, was nicht nur von einer

einmaligen Anschubfinanzierung lebt, sondern was dauerhaft eine halbwegs solide Grundlage hat.“

Schwerin in Mecklenburg Vorpommern. Hier investiert Oberbürgermeisterin Gramkow in das nächste mögliche Millionengrab. Die Private Hochschule, das Baltic College am Pfaffenteich.

Die Stadt hat dem College gerade ein neues Gebäude spendiert. Kosten: 4,5 Millionen. Im armen Schwerin offenbar Peanuts.

O-Ton

Angelika Gramkow,

Oberbürgermeisterin Schwerin:

„Die Frage der Privaten Hochschulen ist nicht in erster Linie eine von Geld, sondern eine von Renommee und der Möglichkeit auch in der Landeshauptstadt Schwerin studieren zu können.“

Dabei hat das College nur eine vorläufige Genehmigung für drei Jahre durch das Kultusministerium. Denn es ist schon mehrfach negativ aufgefallen.

Grit Manzke-Krause etwa studierte dort. Leider wurde ihr offenbar eine Kleinigkeit verschwiegen. Bei ihren ersten Prüfungen war ihr Studiengang noch gar nicht zugelassen.

O-Ton

Grit Manzke-Krause,

ehem. Studentin:

„Wir mussten die Prüfungen aus dem ersten Jahr alle nochmal wiederholen. Das hieß nochmal lernen, nochmal zum Baltic College fahren. Jeden Sonnabend noch mal wieder ranhängen und die Prüfungen schreiben. Es ist sehr, sehr viel Zeit dabei draufgegangen.“ Das Baltic College bestreitet die Vorwürfe. Man habe die Studenten über alles aufgeklärt. Negativ fiel das Baltic College auch 2009 auf. Beim Wissenschaftsrat - eine Art staatlichen Hochschultiv.

Der Wissenschaftsrat untersuchte die Hochschule und kam zu der Bewertung, dass „das Baltic Collge den wissenschaftlichen Maßstäben einer Fachhochschule derzeit nicht entspricht.“

Hauptkritik: Die finanzielle Zukunft sei sehr unsicher.

„Die prognostizierten Einnahmen gewährleiten keine verlässliche Voraussage hinsichtlich eines zufriedenstellenden Betriebs der Hochschule.“

Die Hochschule teilt dazu mit, heute sei die Finanzplanung „absolut gesichert“. Und auch die Bürgermeisterin will von dem Urteil des Wissenschaftsrats nicht mehr wissen.

O-Ton

Angelika Gramkow,

Oberbürgermeisterin Schwerin:

„Der Wissenschaftsrat hatte Akkreditierung sozusagen in Frage gestellt, aber die ist inzwischen ausgeräumt.“

Bedenken inzwischen ausgeräumt? Wir fragen nach beim Wissenschaftsrat.

O-Ton

Dietmar Goll,

Wissenschaftsrat:

„Es gibt keine neue Entscheidung in diesem Fall. Und uns liegen auch keine neuen Information vor.“

Hat die Oberbürgermeisterin irgendetwas falsch verstanden? Oder ist es einfach komplette Realitätsverweigerung?

O-Ton

Angelika Gramkow,

Oberbürgermeisterin Schwerin:

„Wir haben eine Zertifizierung für das Baltic College vom Wissenschaftsrat. Was sollten wir noch mehr brauchen, um eine Chance für Studium in Schwerin zu ermöglichen.“

O-Töne

Dietmar Goll,

Wissenschaftsrat:

„Der Wissenschaftsrat hat das Baltic College nicht zertifiziert. Er hat ein Verfahren der institutionellen Akkreditierung durchgeführt und dieses endete negativ.“

Angelika Gramkow,

Oberbürgermeisterin Schwerin:

„Das äh sozusagen, da müssten Sie mir das sozusagen mal schwarz auf weiß sagen. Sozusagen...“

Bericht: Johannes Jolmes

Johannes Edelhoff

Schnitt: André Stengel

SCHWERINER KURIER

online

WPM-WERBEPARTNER GMBH • TELEFON: 03 85 / 5 90 58 -11 • FAX -40

Lokales / Politik



Am alten Fridericianum wird zurzeit das Dach saniert. Die weitere Sanierung ist für 2012 vorgesehen. Danach soll hier das Baltic College einziehen. Von einem Neubau im Innenhof, wie er einst von der Stadtvertretung beschlossen wurde und für den es auch einen Architektenwettbewerb gab, ist inzwischen nicht mehr die Rede. Foto: I. Schwaß

Hoch hinaus in Schwerin

06.06.2011

Für gewöhnlich lieben Politiker Medienauftritte. Den in der Sendung „Panorama“ am Mittwoch vergangener Woche wird Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow allerdings kaum genossen haben. Es ging darum, wie verzweifelt gerade kleinere Städte darum krampfen, Hochschulstandorte zu werden – und dafür nahezu jeden Preis zu zahlen bereit sind.

Thematisiert wurde unter anderem die Baltic College GmbH (BCG), deren Schulbetrieb in Schwerin gegenwärtig in Lankow angesiedelt ist. Die College-Verwaltung bezog aber bereits das frühere Rektorenhaus am Pfaffenteich, das für eine Million Euro von der Stadt saniert wurde. Nach Sanierung des alten Fridericianums (wiederum durch die Stadt – inklusive Städtebaufördermittel für 4,7 Millionen Euro) soll hier der Hochschulbetrieb stattfinden.

Die Frage, die bei „Panorama“ an die Verwaltungschefin gestellt wurde: warum man ein solches Haus einer privaten Hochschule zur Verfügung stellt, die vom Wissenschaftsrat im Rahmen eines 2009 durchgeführten Akkreditierungsverfahrens einen Negativbescheid erhalten hatte. Die Prüfung habe ergeben, hieß es in der Begründung, „dass das BCG den wissenschaftlichen Maßstäben einer Fachhochschule derzeit nicht entspricht.“ Angelika Gramkow wollte das nicht glauben.

Nein, sagt Schwerins Oberbürgermeisterin in der „Panorama“-Sendung, das Baltic College sei vom Wissenschaftsrat (WR) zertifiziert worden und nur das interessiere. „Ich weiß nicht, was Frau Gramkow mit Zertifizierung meint“, sagt Dr. Dietmar Goll vom Referat Hochschulinvestitionen und Akkreditierung des in Köln ansässigen Wissenschaftsrates auf Nachfrage des Schweriner Kuriers. „Wir nehmen keine Zertifizierungen vor.“

Vielmehr obliege dem Wissenschaftsrat die institutionelle Akkreditierung der nichtstaatlichen Hochschulen. In Auftrag gegeben wurde das entsprechende Verfahren seinerzeit vom Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommerns, welches dem Baltic College die staatliche Anerkennung nur befristet erteilt hatte – zunächst bis 2009, dann unter Auflagen bis 2010.

Der Wissenschaftsrat gelangte im Juli 2009 zu einem negativen Akkreditierungsvotum: Von „völlig unzureichender“ personeller Ausstattung ist die Rede (vier Professoren für 339 Studierende im Jahre 2008), einem „dürftigen Bestand an Büchern“, vom Fehlen einer institutionell verankerten Forschungskonzeption, und auch das vorgelegte Finanzkonzept überzeugte nicht.

Ein weiterer Kritikpunkt: „Da das Baltic College sich in Trägerschaft einer gewinnorientierten GmbH befindet, von deren beiden Geschäftsführern einer gleichzeitig Präsident der Hochschule ist, kann die Möglichkeit von Konflikten zwischen den ökonomischen Interessen des Trägers und den akademischen Angelegenheiten der Schule nicht ausgeschlossen werden.“

Seither hat sich der Wissenschaftsrat nicht mehr mit dem Baltic College befasst, denn: „Das Land muss entscheiden, ob es aufgrund eines solchen Prüfergebnisses die staatliche Anerkennung entzieht oder unter Auflagen die Chance für eine Weiterentwicklung gibt“, sagt Dr. Goll. Ein neuerliches Akkreditierungsverfahren sei vom Land bisher zumindest nicht auf den Weg gebracht worden. Das Landesministerium für Kultur und Bildung teilt dazu mit: Im vergangenen Jahr wurde eine weitere Befristung der staatlichen Anerkennung zugestanden – bis zum Jahr 2013. Erst dann soll, so Johanna Herrmann, Sprecherin des Ministeriums, ein erneutes Akkreditierungsverfahren eingeleitet werden.

In Bezug auf die Negativbewertung des Baltic College hatte Angelika Gramkow vor laufender Kamera gesagt, das solle man ihr mal „schwarz auf weiß“ zeigen. Kein Problem: Nachzulesen ist der komplette Prüfbericht des Wissenschaftsrates im Internet unter: www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/9270-09.pdf. Ebenfalls im Internet, allerdings auf der Seite vom Baltic College (www.baltic-college.de) ist ein Beitrag mit der Überschrift „Schwerin delüx: Die Exotik der Provinz“ vom 27. Mai 2011 zu lesen, verfasst übrigens von der Pressesprecherin der Stadt Schwerin, Michaela Christen, die neuerdings nebenbei für das Magazin „delüx“ schreibt.

Oberbürgermeisterin Gramkow wird in dem Beitrag mit folgendem Satz zitiert: „Die Landeshauptstadt hat großes Interesse daran, dass die Hochschuleinrichtungen ihre Aktivitäten erweitern und unterstützt sie unter anderem mit dem städtischen Angebot an Immobilien und schnellen Verwaltungsentscheidungen beim Ausbau ihrer Standorte.“

Was genau ist unter einem „städtischen Angebot an Immobilien“ zu verstehen? Mietobjekte zu günstigen

Konditionen? Kostenfreie Nutzung? Oder gar Schenkung einer Immobilie, die für knapp sechs Millionen Euro von öffentlicher Hand – ein Drittel davon aus Mitteln der Stadt – saniert wurde? Mitnichten. Auf Anfrage erklärt Anja Scheidung, Büroleiterin der Oberbürgermeisterin: „Die Vermietung erfolgt über die WGS in Höhe der ortsüblichen Miete.“

Und wie kalkuliert das Baltic College? Aus dem WR-Bericht vom Juli 2009 gingen folgende Zahlen hervor: Vom Land gab es im Jahre 2008 insgesamt 110.000 Euro fürs Baltic College, im Jahre 2009 dann 16.000 Euro, die Studiengebühren betragen pro Student 460 Euro im Monat, für das Jahr 2011 plante das College bereits einen Überschuss von mehr als 900.000 Euro und im Jahr 2012 einen Überschuss von 1,2 Millionen Euro.

In Bezug auf die aktuelle Kritik und den ARD-Beitrag erklärte Mirko Boldt, zuständig für Marketing & PR beim Baltic College, am Mittwoch gegenüber dem Schweriner Kurier: „Der Beitrag lässt jede Fairness, Seriosität und journalistische Kompetenz vermissen. Das Vorführen von Schwerins Bürgermeisterin Angelika Gramkow in diesem Interview ist zudem absolut inakzeptabel. In diesem Beitrag geht es nur darum, private Bildung zu diskreditieren.“ Zudem warte „Panorama“ mit keinerlei Neuigkeiten auf, sondern „holt längst Überholtes hervor, um seine Aussagen zu dokumentieren“.

Das Baltic College stehe, so Boldt, „wirtschaftlich und wissenschaftlich solide, zum Teil sogar herausragend da“. Die Hochschule habe die vom Wissenschaftsrat 2009 im Rahmen seines Gutachtens zur institutionellen Akkreditierung kritisierten Punkte „vollumfänglich“ abgearbeitet. Beispielsweise gebe es für die gegenwärtig 227 eingeschriebenen Studenten acht Professorenstellen und damit eine Betreuungsrelation von 1: 28, auch habe man bei den Finanzen für die Bibliothek aufgestockt (von 5.000 Euro auf 45.000 Euro pro Jahr).

Zudem seien vor wenigen Wochen die drei aktuellen Bachelor-Studiengänge „reakkreditiert“ worden. Die FIBAA, eine Agentur zur Qualitätssicherung im Hochschulbereich, habe außerdem die beiden Masterstudiengänge akkreditiert und das Bildungsministerium M-V habe diese jüngst genehmigt.

Bleibt also abzuwarten, ob der WR seine Kritik von 2009 bei der Prüfung 2013 ebenfalls als überholt ansieht. I. Schwaß